

# Tschechische Republik

Kristina Larischová

Im Superwahljahr 2006 fanden neben den Wahlen ins Abgeordnetenhaus im Juni auch Kommunalwahlen und ergänzende Senatswahlen im Oktober statt. Der Wahlkampf drehte sich um wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Die Bürgerdemokratische Partei (ODS) ging aus allen Wahlen als Sieger hervor. Die Parlamentswahlen brachten jedoch ein politisches Patt (100:100 Mandate) zwischen dem Mitte-Rechts-Lager aus der ODS, Christdemokraten (KDU-CSL) sowie Grünen und der Linken aus Sozialdemokraten (CSSD) und Kommunisten (KSCM). Die rechtsgerichteten Grünen sind zum ersten Mal ins Abgeordnetenhaus eingezogen. ODS-Chef Mirek Topolánek lehnte die Bildung einer großen Koalition mit der CSSD als Ausweg aus der Pattsituation ab.

Die Verhandlungen zur neuen Regierung waren langwierig. Nach einem kurzen Intermezzo der ersten ODS-Regierung, die an der Vertrauensfrage scheiterte, wurde Mirek Topolánek zum zweiten Mal vom Staatspräsidenten mit der Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung beauftragt. Die Regierungsbildung zog sich bis Ende des Jahres hinaus. Die Mitte-Rechts-Koalition aus der ODS, der KDU-CSL und den Grünen wurde am 9. Januar 2007 offiziell ernannt und ihre fragile Existenz durch zwei Überläufer von der CSSD gesichert. Der Koalitionsvertrag enthält die Entschlossenheit, die Steuerlast zu senken, eine finanzielle Selbstbeteiligung der Patienten einzuführen sowie einige Sozialleistungen zu streichen.<sup>1</sup> Das Wirtschaftswachstum war im Jahre 2006 weiterhin durch hohe Dynamik geprägt (6,1% BIP). Tschechien erreichte, gemessen in Kaufkraftparitäten, pro Einwohner insgesamt 76 Prozent des Durchschnitts der EU-25. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt war günstig: Die Arbeitslosigkeit betrug 7,8 Prozent bei einer niedrigen Inflation von 2,5 Prozent. Hauptschwäche der tschechischen Wirtschaft waren nach wie vor die öffentlichen Finanzen (wobei die notwendigen Reformen ausblieben). Daher wurde der für das Jahr 2010 anvisierte Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion auf das Jahr 2012 verschoben. Dies stieß in Brüssel auf eine gewisse Kritik, sagte der euroskeptischen ODS sowie den vom Staatspräsidenten ernannten neuen Mitgliedern des Zentralbankrates jedoch zu.

Bei den Strukturmitteln aus den EU-Fonds verzeichnete Tschechien im Jahre 2006 eine positive Bilanz.<sup>2</sup> Die Schwierigkeiten der zweiten Topolánek-Regierung, rechtzeitig den Nationalen Strategischen Rahmenplan für 2007-2013 zu liefern, führten zu öffentlichen Sorgen um die künftige Nutzung der Fonds. Auch die zu hohe Anzahl (24) der Programme wurde von der Europäischen Kommission kritisiert. Ende Juni 2007 bewahrheiteten sich die Befürchtungen, dass die Gelder für 2007 im besten Falle erst 2008 beantragt werden und erst ab 2009 beginnen können ins Land zu fließen.

---

1 Nach den Steuerreformplänen soll ab 2008 ein Einheitseinkommenssatz in Höhe von 15 Prozent gelten. Der untere Mehrwertsteuersatz soll von fünf auf neun Prozent steigen. Die Unternehmenssteuer wird von derzeit 24 Prozent bis zum Jahr 2010 auf 19 Prozent gesenkt. Im Juni 2007 hat das Parlament begonnen, über die Vorschläge abzustimmen.

2 Insgesamt flossen 1,316 Milliarden Euro nach Tschechien, während Prag nur 1,071 Milliarden Euro an den EU-Haushalt abgeführt hat.

## **Außenbeziehungen**

Die Trennlinie zwischen den Atlantikern und Europäern wurde auch in der innenpolitischen Debatte deutlich, als der Wunsch der USA, in Tschechien (und in Polen) Elemente einer neuen Raketenabwehrbasis aufzubauen, öffentlich diskutiert wurde. Während die ODS und die KDU-CSL ein Entgegenkommen gegenüber den USA zeigten, waren die Grünen und die gesamte Linke diesem bilateralen Projekt gegenüber skeptisch.<sup>3</sup> Einige Befürworter der für Tschechien geplanten Radaranlage hofften, Sicherheitszusagen aus Washington zu bekommen, die über die NATO-Verpflichtungen hinausgehen würden. Gegen den Bau der Radaranlage zur Raketenabwehr sprachen sich mehr als 60 Prozent der tschechischen Bürger aus, wobei sich eine deutlich größere Mehrheit für ein eventuelles Referendum äußerte. Wichtige Unterstützung fanden die Gegner der amerikanischen Initiative in Deutschland (vor allem bei der SPD), wo die Verschlechterung der Beziehungen mit Russland befürchtet wurde.

Die tschechische Außenpolitik war nach wie vor aktiv auf dem Gebiet der Menschenrechte (mit Schwerpunkten auf Kuba und Belarus). Darüber hinaus wurde Aktivität bei Visa-Fragen sichtbar, als Prag im Herbst 2006 die Bildung einer Koalition von acht neuen EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel initiierte, eine visafreie Regelung mit den USA zu erlangen.

## **Konstanten und Variablen tschechischer Europapolitik**

Die Europapolitik Tschechiens wurde stark vom Machtwechsel geprägt: Sie verzeichnete eine deutliche Kurswende sowie Veränderungen in ihrer institutionellen Struktur. Die gesamte Europapolitik wurde unter das Dach des Regierungsamtes in die Hände des Vize-Ministerpräsidenten Alexandr Vondra (ODS) überführt. Die Erwartungen, dass die ODS mit der Machtübernahme ihre Europaskepsis ablegt und pragmatisch handelt, haben sich nicht erfüllt. Eine der Ursachen lag an dem fehlenden Gesetz zum öffentlichen Dienst (die Ministerialbeamten haben in ihrer sozialisierenden Rolle als europäisierte Akteure versagt). Zweite Ursache war die Schwäche des Ministerpräsidenten, der in vielen Hinsichten dem Staatspräsidenten und den ihm nahestehendem ODS-Flügel den Raum frei machte.

Unter den wenigen Konstanten der tschechischen Europapolitik ist die Unterstützung für die EU-Erweiterung geblieben. Zu den von der Tschechischen Republik favorisierten Staaten gehörten die Ukraine und die Länder des Westlichen Balkans. Die deutsche ENP-Plus-Strategie wurde prinzipiell von Prag unterstützt. Zu den weiteren innenpolitisch konsensfähigen Themen gehörten die vier Binnenmarktfreiheiten, insbesondere die Personenfreizügigkeit. Tschechien blieb in der Kritik der fortbestehenden Barrieren in Richtung Deutschland und Österreich kohärent und hat einen eigenen Arbeitsmarkt für Bulgaren und Rumänen geöffnet. Als konsensfähig kann auch der allgemeine Grundsatz der Gleichberechtigung Tschechiens in der EU bezeichnet werden.<sup>4</sup>

Weitere aktuelle europapolitische Themen stellen jedoch Trennlinien nicht nur zwischen der Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der Koalition dar. So spiegelt sich die innenpolitische Spaltung bei der Reform des Sozialstaates in der Haltung zur Lisaboner Strategie wider. Auch die wichtigsten Themen der deutschen Ratspräsidentschaft

---

3 Die USA haben die Tschechische Republik mit den Vorschlag im Januar 2007 formell angesprochen und unmittelbar darauf wurden Verhandlungen aufgenommen.

4 Vgl. Handl, Vladimír: Tschechische Europapolitik: schwierige Positionierung während der deutschen Ratspräsidentschaft, Analysen der FES Prag 3/2007, Mai 2007, S. 4.

(die Umweltpolitik und ein Durchbruch beim Verfassungsvertrag für Europa) waren ein Zankapfel selbst innerhalb der Koalition, wo vor allem die Grünen eine konstruktive Rolle spielten.<sup>5</sup> Ein europakritischer Kurs der von der ODS geführten Regierung wurde gleich am 28. November 2006 sichtbar, als Prag in Brüssel ein Veto auf die Erhöhung der Verbrauchersteuer auf Bier eingelegt hat, obwohl die tschechische Mehrwertsteuer höher ist, als der finnische Entwurf vorsah.

Da die Europäische Kommission Tschechien einen geringeren Spielraum im Emissionsrechtshandel (von 2008 bis 2012) eingeräumt hatte als gewünscht, hatte sich der Industrieminister (ODS) gegen den Umweltminister (Grüne) in der Regierung mit einer Klage gegen die Europäische Kommission durchsetzen können, mit der Begründung, die EU unterschätze das Wachstum der tschechischen Wirtschaft für die Jahre 2009 bis 2010.

Tschechien stimmte nach anfänglicher Kritik und Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition<sup>6</sup> der Vereinbarung über neue Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel auf dem EU-Gipfel am 9. März 2007 in Brüssel schließlich zu.

Weitere Auseinandersetzungen zwischen Prag und Brüssel gab es wegen des Systems der Direktzahlungen im Agrarsektor. Tschechien hat nachgegeben und die nationale Ergänzung der Direktzahlungen wird in Form von Flächenzahlungen erfolgen.<sup>7</sup>

Die Regierung Topolánek ging in ihrem Regierungsprogramm nicht auf den Verfassungsvertrag ein. Die vom Europäischen Rat bis Ende 2006 ausgerufenen Reflexionsphase wurde nicht genutzt, die Öffentlichkeit war unentschieden und die neue Regierung hatte sich erst vor dem Berliner Gipfel zum Verfassungsvertrag geäußert. Die Suche nach der tschechischen Haltung zum Verfassungsvertrag lag wesentlich in den Händen des stellvertretenden Ministerpräsidenten für Europaangelegenheiten Vondra und den zwei vom Premier Topolánek ernannten Focal points.<sup>8</sup> Der Ministerpräsident sowie der Staatspräsident hatten zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft die Entschlossenheit geäußert, zum vorliegenden Verfassungsvertrag nicht mehr zurückzukehren: Dieser sei unnötig, weil die Funktionsfähigkeit der EU nicht beeinträchtigt sei. Die Vorsitzenden der Regierungsparteien haben sich am 22. Februar auf eine Erklärung zum Verfassungsvertrag geeinigt, in der zum ersten Mal der vorliegende Vertragstext als Grundlage für ein neues Dokument akzeptiert wurde. Die Vorstellung Prags über ein neues Dokument oszillierte zwischen „Nice Plus“ und „Verfassungsvertrag Minus“. Die Forderungen nach Einfachheit und Verständlichkeit des Textes standen im Vordergrund. Mit dem näherrückenden Berliner Gipfel wurde die tschechische Position nuancierter und die Bereitschaft, den Verfassungsvertrag zu blockieren, ließ schrittweise nach. Die kritischen Töne dem deutschen Vorsitz gegenüber (wegen der vertraulichen Methode der Verhandlungsführung) haben sich in eine zum Schluss positive Bewertung gewandelt. Zu einem zumindest verbalen Durchbruch in der Position kam es während des Berliner Gipfels im März 2007. Dort haben Präsident Klaus und Europa-Minister Vondra erklärt, sich künftig nicht gegen einen raschen Kompromiss über institutionelle Reformen zu stellen. Der Beweggrund war eindeutig die im Jahr 2009 bevorstehende eigene Ratspräsidentschaft und die Befürchtung, dass eine wieder aufgenom-

5 Die KDU-CSL wurde durch den Korruptionsvorwurf gegen ihren neuen Vorsitzenden Jirí Cunek gelähmt.

6 Differenzen bestanden zwischen den Grünen und der ODS beim weiteren Ausbau der Kernenergie und bei dem Anteil der erneuerbaren Energien, die ODS stellte sich ablehnend auch zum Kommissionsplan zur Freigabe des Energiemarktes.

7 CTK vom 20.03.2007.

8 Vor allem die Ernennung von Jan Zahradil, MdEP (ODS), zum Chefbeauftragten stieß auf Kritik, sowohl bei der Opposition als auch bei den Koalitionspartnern wegen euroskeptischen Stellungnahmen. Kein anderes Land hat einen Abgeordneten nominiert.

mene Verfassungsdiskussion deren Verlauf beeinträchtigen könnte. Eine prägnantere Position<sup>9</sup> der tschechischen Regierung wurde erst Ende April 2007 formuliert. Der neue Vertrag sollte keine verfassungähnliche Symbolik beinhalten, die Stellung der Tschechischen Republik nicht verschlechtern und eine Erweiterung der EU unter expliziten Bedingungen ermöglichen. Als riskant hat sich die Absicht erwiesen, das polnische Ultimatum zur neuen Stimmgewichtung zu unterstützen,<sup>10</sup> die jedoch mit dem sich näherndem Juni-Gipfel relativiert wurde. Die Regierung ging mit dem so genannten „Prinzip der beiderseitigen Flexibilität“<sup>11</sup> als tschechisches Hauptanliegen in die Verhandlungen und konnte diese Forderung durchsetzen. Sie trug auch zur Stärkung der Kontrollrechte der nationalen Parlamente bei.

Prag wird in der ersten Hälfte 2009 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Als Motto der tschechischen Präsidentschaft wurde „Barrierefreies Europa“ gewählt. Die erste Skizze der Prioritäten wurde im Februar 2007 publik gemacht: Es soll um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Liberalisierung und Vollendung der vier Binnenmarktsfreiheiten gehen.

### **Bilanz: Unterschiedliche Signale aus Tschechien**

Die tschechische Europapolitik ist der Machtbalance in der Dreierkoalition teilweise zum Opfer gefallen. Prag hatte offensichtlich Probleme, eigene Prioritäten festzulegen und so wurden europapolitische Schritte oft durch Ideologie und weniger durch Rationalität geleitet (unbesonnene Vetos und Klagen). Die Europapolitik der ODS hat zu Frustrationen innerhalb der Koalition geführt. Erst in der zweiten Phase der deutschen Präsidentschaft hat Prag Bereitschaft zum Kompromiss gezeigt. Mit der zunehmenden Erkenntnis, dass Tschechien in eine Isolation gemeinsam mit Polen geraten könnte, hat sich die Taktik in einen Prozess der Gesichtswahrung entwickelt, in dem sich Prag auf symbolische Dinge konzentrierte und die beiderseitige Flexibilität zum nationalen Hauptanliegen machte. Prag ist nicht zuletzt deswegen zum schwierigen und unberechenbaren Partner geworden, weil es unklar war, wer die Europapolitik formuliert. Unterschiedliche Signale kamen vom Premier, vom Außenminister Schwarzenberg, vom Staatspräsidenten Klaus und vom Vizepremier Vondra. Ein klarer Nachholbedarf bestand zudem in der Zielsetzung im Verhandlungsprozess aufgrund einer Analyse der Eigeninteressen.

### **Weiterführende Literatur**

Drulák, Petr: Probably a problem-solving regime, perhaps a rights-based union: European integration in the Czech and Slovak political discourse, in: Helene Sjursen, Hrsg. (2006), *Questioning EU Enlargement: Europe in search of identity*. London, New York: Routledge, S. 167-185.

Handl, Vladimír: Tschechische Europapolitik: schwierige Positionierung während der deutschen Ratspräsidentschaft, *Analysen der FES Prag* 3/2007.

Handl, Vladimír: Entspannte Übungen. Tschechien und Deutschland in der EU, in: *Osteuropa*, 56. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2006, S. 51-64.

Weichsel, Volker: *Tschechien in Europa. Nationalpolitische Traditionen und integrationspolitische Konzepte*, Münster 2007.

---

9 Vgl. Consultations On The Institutional Reform Of The European Union: Czech Republic's Position. Approved by the Czech Government on 25.04.2007.

10 Tschechien hat sich als einziges Mitgliedsland bereit erklärt, die polnische Verhandlungsposition zu unterstützen.

11 Das Prinzip der beiderseitigen Flexibilität bei der Kompetenzübertragung sieht neben der Möglichkeit der Erweiterung der Zuständigkeiten der Europäischen Union auch die Möglichkeit zur Rückübertragung europäischer Kompetenzen an die Mitgliedstaaten vor. Theoretisch gab es dies bereits, aber die Tschechische Republik verlangte eine Anwendungskonkretisierung.